Zeitschrift: Rote Revue : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft und Kultur
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 77 (1999)
Heft: 1

Artikel: Soziale Politik im Globalisierungsprozess
Autor: Knöpfel, Carlo
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-341484

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 12.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Soziale Politik im Globalisierungsprozess

Globalisierung ist das Schlagwort der 90er Jahre. Mit diesem Schlagwort verbinden sich die unterschiedlichsten Erwartungen. Für die einen ist die Globalisierung Ausdruck der Hoffnung auf mehr wirtschaftliches Wachstum und eine weltweite Verbesserung der Lebenschancen.

Carlo Knöpfel

Für die anderen ist die Globalisierung der finale Prozess eines menschenverachtenden kapitalistischen Systems. Für die meisten aber ist die Globalisierung ein nebulöser Vorgang, der vor allem und zuerst Angst und schlimmste Befürchtungen weckt. Nur sehr langsam gewinnen jene Stimmen Gehör, die versuchen, jene Prozesse zu analysieren, die im Schlagwort der Globalisierung zusammenfliessen. Eine solche Analyse ist Voraussetzung, um sich mit der Frage befassen zu können, wo Spielräume für Gegenstrategien auszumachen sind, die aus dem ökonomistischen Projekt der Globalisierung ein demokratisch legitimiertes und politisches Projekt werden lassen.

Wirtschaftliche Globalisierung und Schwächung der nationalen Politik

Die Globalisierung der Unternehmen geht mit einer Deregulierung nationaler Rahmenbedingungen einher. Diese Deregulierung bezieht sich vor allem auf die Finanz- und Handelsströme. Durch die internationale Vernetzung der Börsenplätze hat sich der Finanzsektor beinahe explosionsartig ausgeweitet. Finanzanalysten der grossen Brokerhäuser bestimmen durch ihre Kauf- und Verkaufsentscheide in steigendem Ausmass über die Strategien von Unternehmen und die Politik der Nationalstaaten. Gleichzeitig können sie sich dem Zugriff nationaler Gesetze entziehen. Es entsteht faktisch ein globaler rechtsfreier Raum für Finanztransaktionen. Auf Druck des Internationalen Währungsfonds mussten zudem zahlreiche Länder, insbesondere im Süden, jede Kontrolle ihrer nationalen Kapitalmärkte aufgeben. Im Rahmen der verschiedenen GATT-Verhandlungsrunden und der Herausbildung regionaler Wirtschaftsräume fielen zahlreiche tarifäre und nichttarifäre Handelsschranken für Industriegüter und Dienstleistungen. Weitere Schritte im Bereich des Technologietransfers und der Direktinvestitionen sollen bald vollzogen werden. Die nationalen Märkte werden so im wachsenden Ausmass den Weltmarkttendenzen ausgesetzt. Diese Entwicklung begünstigt ausserdem die Zunahme unerlaubter Machenschaften und die Internationalisierung der damit einhergehenden Wirtschaftskriminalität. Die national begrenzte Politik steht diesen Tendenzen gegenüber immer machtloser da.

Die hier angesprochene Schwächung nationaler Politik ist einer der problematischsten Aspekte des aktuellen Globalisierungsprozesses. Seit den 30er Jahren bis in die Mitte der siebziger Jahre formierte sich in zahlreichen westlichen Ländern

eine neokorporatistische Form der Politik. Durch Arrangements zwischen den zentralen Akteuren aus Wirtschaft und Politik wurden Interessengegensätze aufgefangen und so ein hohes Mass an sozialer und politischer Stabilität erreicht. Diese dauerhaften Arrangements waren Ausdruck eines Gesellschaftsvertrags, der eine Optimierung von wirtschaftlichem Erfolg, sozialer Sicherheit und einer auf Bürger- und Bürgerinnenrechten basierenden Demokratie erlaubte, jenen drei gesellschaftspolitischen Zielen, deren Erreichen nach Ralf Dahrendorf Voraussetzung sind für eine funktionierende und stabile Gesellschaft. Durch die Globalisierung wird dieser alte Gesellschaftsvertrag einem schleichenden Erosionsprozess ausgesetzt. Die nationalen Arrangements verlieren unter dem Druck der internationalen Konkurrenz an Bedeutung. Die weltmarktorientierten Kreise aus Wirtschaft und Politik kritisieren die schwerfälligen demokratischen Entscheidungsprozesse. Mangelnde Dynamik und Anpassungsfähigkeit werden beklagt. Das System der sozialen Sicherheit wird zu einem betriebswirtschaftlichen Kostenfaktor degradiert. Zentrale Werte und Normen des gesellschaftlichen Zusammenlebens werden in Frage gestellt.

Globalisierung der Politik ohne Globalisierung der Demokratie

Es ist nicht so, wie oft angemerkt wird, dass der Globalisierung der Wirtschaft keine Globalisierung der Politik folgt. Eine Internationalisierung der Politik ist ganz im Gegenteil in vollem Gang. Zahlreiche Fragen des Alltags werden heute in internationalen Abkommen geregelt und in nationale Gesetze übernommen. Supranationale Institutionen übernehmen in zahlreichen politischen Feldern eine wachsende Zahl von Aufgaben. Diese Internationalisierung der Politik hat in erster Linie die gut organisierten Interessengruppen der Wirtschaft und multinationale Konzerne und in zweiter Linie die nationalen Regierungen und staatlichen Verwaltungsorgane gestärkt.

Die Globalisierung der Politik hat bis heute hingegen nur sehr beschränkt auch zu einer Globalisierung der Demokratie und «Volkssouveränität» geführt. Die Weiterentwicklung von der national begrenzten Demokratie hin zu einer transnationalen Demokratie findet sich darum als Forderung seit einiger Zeit auf der wissenschaftlichen und politischen Agenda. Allerdings stehen konkrete Forschungsprojekte und Denkansätze erst am Anfang. Dabei ist die Formulierung der Vision einer funktionierenden transnationalen Demokratie nur das eine Problem. Noch schwieriger wird es sein, Strategien zu formulieren, wie wir diese Vision auf demokratischem Weg umsetzen können. Es gibt darum auch Stimmen, die einem solchen Prozess kaum eine Chance geben. Demokratie ist an ein Territorium gebunden. Und der Schritt von der nationalstaatlich organisierten Demokratie zu einer transnationalen und globalen Demokratie ist unendlich viel grösser als der Schritt von einer regionalen zu einer nationalen Demokratie von einst. Zudem wird immer wieder darauf hingewiesen, dass ein solcher Prozess, so notwendig er auch erscheinen mag, nicht «von oben» verordnet werden kann. Demokratie musste immer «von unten» erkämpft werden, und es wird bezweifelt, ob es je genügend Kräfte geben wird, die diesen Druck hin zu einer transnationalen Demokratie aufbauen können. Und dies nicht nur, weil es an entsprechenden Ressourcen mangeln wird, sondern auch, weil die Zusammenhänge zuwenig bekannt sind. Dies gesagt, ist schnell klar, dass ein solcher Prozess Jahrzehnte in Anspruch nehmen wird, wenn er überhaupt je konkrete Formen gewinnen kann. In der Zwischenzeit stellt sich die Frage nach einer quasi-demokratischen Repräsentanz in internationalen Gremien und supranationalen Organisationen.

Die Weiterentwicklung von der nationalen zur transnationalen Demokratie ist eine wichtige Forderung der politischen Agenda.

Internationale Zivilgesellschaft als Demokratieersatz

Hier ist die vielzitierte Zivilgesellschaft gefordert. Und dies in mehrfacher Hinsicht. Schon heute sieht man, wie das Netzwerk der sogenannten Nichtregierungsorganisationen in zunehmendem Masse in die internationale Politik einbezogen wird und, so eine tatsächliche Umsetzung der erzielten Resultate angestrebt wird, auch beim Vollzug verpflichtet wird. Die Nichtregierungsorganisationen können damit eine quasi-demokratische Vertreterinnenrolle der betroffenen Menschen beanspruchen, ohne dass sie faktisch zu einer solchen Wahrnehmung der Interessen legitimiert wurden. Sie füllen damit das demokratische Vakuum auf, das die Globalisierung der Politik ohne Transnationalisierung der Demokratie provoziert. So hält die UNO in einem Bericht über die Zusammenarbeit mit NGOs fest, dass diese Nichtregierungsorganisationen faktisch die beste Annäherung an die direkte Beteiligung der Menschen auf internationaler Ebene darstellen. Und der scheidende Generaldirektor des Internationalen Arbeitsamtes, Michel Hansenne, hat unlängst gar zur Rettung der von ihm so genannten «industriellen Demokratie» neue Allianzen zwischen den Sozialpartnern und Nichtregierungsorganisationen aus dem Konsum- und Umweltschutzbereich vorgeschlagen.

NGO's werden zunehmend in die internationale Politik einbezogen, aber auch beim Vollzug verpflichtet.

Diese Entwicklung zeichnet sich durch ein hohes Mass an Ambivalenz aus. Natürlich ist es zu begrüssen, wenn nach langen Jahren des vergeblichen Bemühens die Nichtregierungsorganisationen heute von zahlreichen UNO-Organisationen und weiteren internationalen Gremien zur Erarbeitung neuer Positionen zugezogen werden und sich in den Debatten Gehör verschaffen können. Gleichzeitig werden diese Nichtregierungsorganisationen dann aber auch für die Erreichung der gesteckten Ziele mitverantwortlich gemacht und können ihre oppositionelle Funktion nur noch bedingt wahrnehmen. Dabei fällt immer wieder auf, wie schwer es auch den Nichtregierungsorganisationen aus den verschiedenen Ländern fällt, als Vertreterinnen einer internationalen Zivilgesellschaft aufzutreten. Nicht immer gelingt es im Vorfeld einer Konferenz, zu kraftvollen gemeinsamen Forderungen zu gelangen. So war zum Beispiel die Zustimmung zu einer griffigen Sozialklausel in den Schlussverhandlungen der Uruguay-Runde der Welthandelsorganisation von vielen Nichtregierungsorganisationen aus dem Süden nicht zu bekommen, weil sie aus der Sicht des Standortwettbewerbs Befürchtungen über eine Benachteiligung ihrer Länder und der dort Beschäftigten hegten. Schliesslich gibt es nur wenige Nichtregierungsorganisationen, die über ein weites internationales Netzwerk verfügen, vor allem im sozialen Bereich. Wir denken dabei an amnesty international, greenpeace, den world wildlife fund oder caritas internationalis, kaum aber an Gewerkschaften und Parteien zu sehr haftet diesen noch immer eine nationalistisch begrenzte Sichtweise an. Doch selbst in den erwähnten Organisationen, die in aller Regel nicht zentralistisch strukturiert sind, fällt es schwer, gemeinsame Positionen zu erarbeiten und wirkungsvoll einzubringen.

Trotzdem wurden in den letzten Jahren erstaunliche Fortschritte in der Zusammenarbeit zwischen den verschiedenen NGOs erzielt. In zahlreichen Themenbereichen konnten internationale Netzwerke und Koalitionen aufgebaut werden, die inzwischen eine hohe operationelle Effizienz erreichen, wie der bisher gelungene Widerstand gegen das Multilaterale Abkommen über Investitionen (MAI) vielleicht zu illustrieren vermag.

Globalisierung der demokratischen Kontrolle der Politik kann aber nicht heissen, dass nun alle Fragen des gesellschaftli-

chen Zusammenlebens auf die globale Ebene gehoben werden (müssen). Im Gegenteil muss neu geklärt werden, welche Fragen von globaler, regionaler, nationaler und kommunaler Natur sind. Hier ist im Moment eine eigentliche Schieflage zu beobachten. Die globale Politik beschäftigt sich vor allem mit Fragen der Eigentumssicherung und den Rahmenbedingungen für den unbehinderten Austausch wirtschaftlicher Tätigkeiten. Nur zaghaft tastet man sich zur Formulierung einer globalen Politik der ökologischen Nachhaltigkeit vor. Die sozialen Folgen des wirtschaftlichen Globalisierungsprozesses werden demgegenüber systematisch ausgeklammert. Nicht einmal im Rahmen der Europäischen Union ist man bis jetzt zu einer eigentlichen europäischen Sozialpolitik bereit. Im Gegenteil: In vielen Ländern ist sogar eine Kommunalisierung der Politik zur «Bewältigung» der Arbeitslosigkeit und derArmut zu beobachten.

Eine Gegenstrategie muss hier vom Versuch ausgehen, die zahlreichen lokalen Erfahrungen miteinander zu verknüpfen, über Beziehungsketten mit nationalen, regionalen und globalen Knoten. Anzustreben sind koordinierte und thematisch fokussierte Aktivitäten an zahlreichen Orten zur gleichen Zeit. Mit dem Internet ist ein Instrument gegeben, das ein solches Vorgehen in hohem Masse erleichtert. Die Entscheidung, ob sich eine Regierung für ein Anliegen einsetzen will oder nicht, fällt nämlich nicht erst in Brüssel oder New York, sondern daheim.

Fazit

Die Trends der weltwirtschaftlichen Entwicklung verweisen auf vielfältige gesellschaftliche Regelungsdefizite. Die unveränderte Fortschreibung der vorherrschenden Trends wäre weltweit und innerhalb der Nationalstaaten mit der Verschärfung der Tendenzen zu sozialer Ungleichheit und mit der weiteren Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen auf dem Planeten verbunden. Ein alternatives Entwicklungsszenario kann angesichts des bereits erreichten Integrationsgrades freilich nicht im erneuten Rückzug auf die nationalstaatliche Ebene bestehen. Denn sowohl die sich verstärkende Tendenz zum regionalen Protektionismus als auch die «Besessenheit», mit der die «nationale» Wettbewerbsfähigkeit zur obersten Maxime der Wirtschaftspolitik gemacht wird, bergen letztlich die Gefahr verschärfter kriegerischer Konflikte. Damit stellt sich die Frage, was sich aus diesem widersprüchlichen Spannungsverhältnis ergeben wird. Droht ein globaler Rückfall in die Barbarei, wie einige befürchten? Oder wird es gelingen, der Globalisierung der Wirtschaft eine Globalisierung der demokratisch legitimierten Politik entgegenzustellen, die die weltwirtschaftliche Entwicklung in sozial und ökologisch nachhaltige Bahnen zu lenken vermag?

Eines scheint zumindest klar zu sein: Die einzelnen Nationalstaaten werden immer weniger in der Lage sein, die gesellschaftlichen Probleme im Alleingang zu lösen, die durch die Globalisierung der Wirtschaft aufgeworfen werden. Das entbindet sie aber nicht, im nationalen Kontext alles zu tun, um der sich weiter ausbreitenden gesellschaftlichen Misere entgegenzutreten. Ohne internationale Zusammenarbeit der Nationalstaaten, ohne Etablierung globaler, demokratisch gesteuerter Organisationen wird es hingegen nicht gehen. Diese Einsicht wächst. Trotzdem ist der Weg dahin weit, und es braucht parlamentarischen und ausserparlamentarischen Druck. Die nationale und internationale Zivilgesellschaft ist gefordert, den Nationalstaaten diesen Weg zu weisen.

In vielen Ländern ist eine Kommunalisierung der Politik zur Bewältigung der Arbeitslosigkeit und Armut zu beobachten.

Carlo Knöpfel, Ökonom, Leiter der Stabsstelle Grundlagen und Evaluation bei der Caritas Schweiz.